

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
und Publikationsorgan der Zentral-Firmen- und Arbeiterkassen der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 10 Erscheint jeden Sonntag. Gotha, 7. März 1920 3 Hefen kosten 75 Pfg. die einseitige Textseite. 34. Jahrg.
Abonnementpreis: 2,40 Mk. für das Vierteljahr. (Einzelpost: Nr. 174.) Bei Wiederholungen Rabatt. — Stellenvermittlung: Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg.

Heftige Auflage des Schuhmacher-Fachblattes 102500!

Inhalts-Verzeichnis.

Ein Stundenarbeitslohn als Wochenbeitrag für den Verband. — Eine Schimpf-Epistel auf Unwegen an das „Fachblatt“. — Freie oder Zwangsarbeit für Arbeit? — Revolutionäre Verbände-Delegierte. — Bericht der Bezirkskonferenz des 5. Bezirkes. — Aus unserem Beruf. — Würstchen. — Verbandsnachrichten. — Literarisches. — Versammlungskalender.

Ein Stundenarbeitslohn als Wochenbeitrag für den Verband.

Hobe Ziele erfordern hohe Opfer. Nichts wird in dieser Welt erreicht, wenn die Vorwärtstreibenden sich nicht entschließen, zur Erreichung ihres Vorhabens die nötigen Opfer zu bringen.

Im den Kinderjahren der Gewerkschaften glaubten viele sonst hartnäckige Arbeiter, die Beiträge der Gewerkschaften müßten so niedrig sein, daß sich Arbeiter sich durch die Höhe des Beitrages abhalten ließe, bezweifelten. Nur mit dem denkbar niedrigsten Beitrag werde der Zustand zu den Gewerkschaften ein gemaltiger sein.

Die Anhänger dieser Theorie erlebten eine bittere Enttäuschung nach der anderen. Erfahrene war der Zustand nur ein geringerer und meistens konnten die Gewerkschaften Lohn- und andere Kämpfe, weil ihnen die Mittel fehlten, nicht erfolgreich führen. Sie unterlagen in den meisten Fällen, und wo sie wirklich etwas erreichten, war es dem Unstark zugunsten, daß die Unternehmer nicht organisiert waren. Das Schlimme hat sich natürlich total geändert. Die Reichelagen der Gewerkschaften in ihren Lohn- und sonstigen Kämpfen waren nicht geknackt, großes Vertrauen zu erwecken, und hoch waren die Gewerkschaften unerschütterlich. Schuld daran trug allein die geringe Opferwilligkeit der Arbeiter. Man debattierte und diskutiere lebhaft die Frage, ob ein 20-Pfg.- oder ein 30-Pfg.-Beitrag pro Monat das richtige und empfehlenswerte sei. Die ganze Logik der Lasten überzeuge die Arbeiter bald, daß durch die geringen Beiträge die Gewerkschaften ihren Zweck verfehlten. Man suchte man die Ausbruch eines Kampfes zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich durch Ertragsbeiträge zu helfen, oder man appellierte an die Solidarität der Arbeiterklasse. Die dringlichsten Hilfsworte erklangen, und sie erklangen nicht umsonst, denn die deutsche Arbeiterklasse hat noch jederzeit ihre Solidarität nach innen und außen bewiesen. Aber ehe die Mittel zusammenkamen, verstrichen Wochen, während der Zeit war die Hauptlast, besonders wenn es sich um größere Kämpfe handelte, erschöpft, die Unterstellungen wurden ermüdet oder konnten gar nicht gehalten werden, die Schwachmütigen und Geisteslosen liefen in die Betriebe — der Kampf brach zu Ungunsten der Arbeiter zusammen.

Auch die Epistel an die Solidarität hatten schließlich nicht mehr die Wirkung, denn sie kamen zu spät. Es war nichts Lehrendes, daß in einer Woche in den Betrieben 2, 3, oder gar 4 verschiedene Sammelkassen für verschiedene Zwecke aufzustellen. Es war das Zeitalter der Sammelkassen. Aber die Mittel reichten sich und wurden dadurch ungenügend. Endlich riefen sich einige Gewerkschaftsverbände auf, höhere Beiträge zu zahlen, ihre Kassen besser auszustatten. Sie haben das Beschlossene und Versicherte der Sammelkassen ein, daß andere Berufs, weil ihre Mitglieder zu ephemer waren, ihnen die Mitglieder der anderen Berufs die Mittel zu ihren Lohnkämpfen aufbringen sollten. Man bequeme sich lieber dazu, Wochenbeiträge von 40, 75 Pfg. bis 1 Mark und später darüber hinaus zu zahlen, sehr zum Vorteil der Arbeiter. Die Gewerkschaften werden, die Lohnkämpfe erfolgreicher, das Vertrauen in die Leistungen der Gewerkschaften größer. Heute kommt es uns noch sehr vor, daß bei Ausbruch eines Streiks so

fort die Sammelkassen in Umsatz gesetzt werden. Nur bei hartem, hartem und großen Kämpfen sind sie ein Ausfallsmittel. Eine vorzügliche Gewerkschaft wird unter allen Umständen für jeden Fall, der eintreten kann, rüsten. Prüfen sie nur einmal unsere Kassenverhältnisse, ob sie den Konflikt mit den Arbeitgebern, die eintreten können, gewachsen sind.

Ein Bild auf die Kassen, wie sie unser Finanzkollege Reuß, uns quartaliter unterbreitet, belehrt uns, daß wir trotz Erhöhung der Beiträge zwar eine ansehnliche Summe in der Hauptkasse haben, auch kleinere Lohn- und Kämpfe führen können, aber einen schweren Kampf keineswegs nicht gewonnen sind. Man bräuen wir durchaus nicht, darauf einen solchen Kampf zu führen, im Gegenteil, wie und wo wir ihn vermeiden können, werden wir es tun. Solche Kämpfe hängen aber nicht von dem guten Willen Einzelner ab. Nehmen wir an, daß bei Ablauf unseres Reichelagen die Unternehmer sich weigern, uns die in Folge der furchtbaren Preissteigerungen eingetretenen abnormen Verhältnisse durch Lohnherabsetzungen nicht genügend ausgleichen wollten, oder auch sonstige Verbesserungen nicht zubilligen würden, an welchen die Arbeiter ein großes Interesse haben. Was dann? — Dann ist der Kampf gegeben, und zwar ein Kampf über ganz Deutschland. Die Gewerkschaften müssen, wenn an einem Ort der Streik ausbricht, mit ebenfalls allgemeiner Ausbreitung antworten.

Wir würden dann wieder die berühmte Sammelkasse in Bewegung setzen müssen. Aber würde es nicht eine große Anzahl Arbeiter geben, die da sagen würden: Die Schuhmacher haben doch durch ihren Verband einen Lohn erhalten gleich unserem, warum haben sie keine höheren Beiträge bezahlt? Und dieser Vorwurf wäre berechtigt. Was sind Beiträge von 65 Pfg. bis 1,20 Mk., was gilt heute die Mark? Sie ist fast gänzlich entwertet. Was man früher für 10 oder 20 Pfg. kaufte, dafür muß man heute eine Mark — für verschiedene Gebrauchsgüter — noch mehr — bezahlen.

Dementsprechend sind natürlich auch die Ausgaben des Verbandes gestiegen. Druckfarben sind ganz enorm gestiegen, Licht, Heizung, Bureauausgaben, Gehälter usw. sind nicht zurückgeblieben. Die Unterstellungseinkünfte werden in verschiedenen Gegenständen, wo die Arbeitslosigkeit hoch vorherrscht, sehr in Anspruch genommen. Das Fachblatt allein, das sonst bei einer Auflage von 16 000 bis 20 000 Exemplare für 100 000 Mark folgte, kostet heute bei dem ins Ungewöhnliche gestiegenen Papier und Druckkosten bei äußerster Sparsamkeit monatlich circa 22 000 Mark (hier nur zwei Proben: außer Papier 100 Mio Rotationsfarbe 780 Mark, Friedenspreis 35 Mark, 100 Mio Segmentsmetall 1900 Mark, Streifenmetall 1700 Mark, Friedenspreis 30 bis 35 Mark). Wo bleiben da die Mittel zur Führung wirtschaftlicher Kämpfe? Bei zwei Millionen Kassenbestand bleiben, wenn wir die Hälfte, 1 Million, als Reserve für die Unterstellungseinkünfte rechnen, 1 Million, das macht bei 100 000 Mitgliedern 10 Mark pro Kopf Restant. Das Zwangsgeld müßte es sein. Erstherausfindlich kommen wir mit einem Unterstellungslohn von 35 bis 40 Mark bei Streiks oder Ausbreitung nicht aus, es müßten bei den heutigen Verhältnissen mindestens 70 bis 80 Mark pro Woche Streikunterstützung gezahlt werden.

Das macht, wenn wir nur 80 000 Mitglieder, die an einem Lohnkampf oder eventueller Ausbreitung beteiligt sind, bei nur 70 Mark Unterstüttung pro Woche 5 600 000 Mark aus.

Jeder Kollege und jede Kollegin muß und wird einsehen, daß wir, um unseren Verband leistungsfähig und kampffähig zu gestalten, eine bedeutende Erhöhung der Beiträge einbringen müssen. Früher entsprach der Beitrag einem Stundenlohn, damit müssen wir auch heute Schritt halten. In allen Gewerkschaften steht die Beitragserhöhung auf der Tagesordnung. Andere Verbände sind uns schon mit guten Beispielen vorangegangen. Der Restant des Jahres-

terverbandes legt dem Verbandstag, der mit Ende April zugleich tagt, folgenden Antrag vor: „Wochenbeitrag in der ersten Klasse von 4 Mark, in der zweiten von 3,50 Mk., in der dritten von 3 Mark um unter gleichzeitiger angemessener Erhöhung der Unterstüttungsätze.“ Die Buchhalter zahlen gegenüber einem wöchentlichen Verbandbeitrag von 2 Mark, der auf der in diesem Jahre stattfindenden Generalversammlung wohl erheblich erhöht werden wird.

Wir geben uns der angenehmen Erwartung hin, daß alle unsere Kollegen die dringende Notwendigkeit einsehen, daß, je höher die Beiträge, desto höher die Kampfkraft und Unterstüttungen der Kollegen. Der Sprung mag manchem zu hoch erscheinen, das kommt aber daher, daß bislang zu niedrige Beiträge erhoben wurden, während die Mitglieder anderer Verbände schon bedeutend mehr leisteten. Wo wären die Schuhmacher geblieben, wenn nicht der Verband für sie energisch eingetreten wäre? Gewiß läßt sich über die Höhe des Beitrages noch streiten, aber bestanden höhere Beiträge müßten gezahlt werden, da kommen wir nicht herum. Wer es mit sich selbst und unserer Kollegenschaft wohl meint, wer den Verband zu einem wichtigen Kämpfer für seine Interessen ausgestatten will, der erhöhe seine Leistungen für denselben, er wird es ihnen doppelt beibringen.

Eine Schimpf-Epistel auf Unwegen an das „Fachblatt“.

Wir haben den Gedächtnis eines Anonymus in Bezug auf die Zeit und zwar durch den Artikel: „Das antijahresliche Betriebsverhältnis“.

In einem wahren Lobhudeleiartikel frucht der Ueberdies „Burgundblätter“ in einem mehrheitslogischen bayerischen Blatt über das Verhalten der U. S. B. und des Fachblattes über die Stellungnahme beim Betriebsverhältnis und verteidigt die Haltung der U. S. B. Das Behaupten ist kein gutes Recht. Der biedere Burgundblätter beklagt sich, daß wir nicht die mindeste Rücksicht nehmen auf unsere mehrheitslogisch geformten Kollegen im Verband. Das ist einfach erfunden. Im Verband steht uns ein Kollege so nahe wie der andere.

Der Schreiber aber ist, wie wir fürchten, gar kein Kollege, aber nur ein Vorgesetzter, denn ein Kollege schimpft nicht so gemein, wie der Anonymus. Wir laden unseren Artikel noch einmal, ob irgendeine Stelle darin enthalten ist, die den Lobhudeleiartikel rechtfertigt. Wir fanden nichts, was dem Anonymus dazu berechtigte. Es war eine Kritik, aber eine sachliche, und diese ist doch wohl noch erlaubt, oder nicht?

Wir wittern, so schreibt er, ausgesprochen für die verworrenen Ideen der U. S. B. Das ist ja nun nicht der Fall, denn wenn wir dieses wollten, müßten und könnten wir eine ganz andere Haltung einnehmen. Daß die Ansichten der U. S. B. verworren sind, haben wir bis jetzt nicht entdecken können, wohl aber, daß Witzspiele sich ein Urteil über Brundfälle erlauben, von denen sie keinen klaren Dunst haben, die überhaupt keine Grundfälle haben. Dann schreibt unser „Burgundblätter“, daß wir mit „einer Verlogenheit und Streichelhaftigkeit“ herbeigekommen das Recht antijahreslich nennen, zum Schutze des Kapitals gedacht“. Das Gegenteil sei wahr.

Statt Ermüdung sehen wir denn ein Urteil eines Gewerkschaftsblattes, daß sich noch mehr neutral gehalten als hier. Es ist die neueste Nummer der „Schweider Zeitung“, Organ des Verbandes der Schneider. Dieses schreibt über das Gesetz:

„Dieses Gesetz hat eine Vorgeschichte, die wir hier wissen wollen:

Nach Abschluß der Revolution wurde in den verschiedenen Ecken des Reiches die Frage der Sozialversicherung leidenschaftlich unter der Arbeiterklasse besprochen. Die verschiedensten Vorschläge wurden gemacht. Die Arbeiterkassen waren als zukünftige Träger der gesellschaftlichen Produktionsweise gedacht und sollten durch einen

wahme der Produktionsmittel den Produktionsalismus ab-
lösen. Mit allen Mitteln haben Regierung und bürger-
liche Parteien diesen Streben entgegenzuwirken. In Berlin
und anderen Orten kam es im März 1919 zu General-
streiks, der nur abgebrochen wurde, als die Regierung
am 5. März 1919 erklärte: „Die Arbeiterräte werden als
wirtschaftliche Interessensvertretung grundsätzlich aner-
kannt. Ihre Begrenzung, Wahl und Aufgabe werden
durch ein Gesetz zu ermittelndes Gesetz geregelt.“ Die
Arbeiter der Kommissionen der Nationalversammlung
siegten nun vor. Bei Betrachtung des Gesetzes können
wir aussprechen, daß dieses Gesetz der deutschen Arbeiter-
schaft eine schwere Enttäuschung bereitet.“

Genügt das?
Und wie dieses Sachblatt haben noch eine ganze Reihe
andere Gewerkschaftsblätter, auch einige mehrheitssozial-
istische Blätter, genannt. Wir befinden uns also trotz un-
serer Verlogenheit und Stumpfsinnigkeit, oder gerade des-
wegen in guter Gesellschaft.

Dann laut der Schreiber weiter darüber, daß wir die
Tatsache konstatieren, daß in die Hände der Demonst-
ranten am 13. Januar ohne Warnung mindestens mit Waf-
fengewehren geschossen und zahlreiche Tote und Ver-
wundete die Folge waren, wie folgt:

„Das ist in der Tat der größte unabhängiger Gemein-
schaftsakt. Wer nur 24 Stunden im Tode stand, weiß,
daß ein minutenlanges Schmelzfeuer aus Maschinen-
gewehren in eine dicht zusammengedrängte Masse, wie es
vor dem Reichstagsgebäude der Fall war, Tausende von
Opfern hätte zur Folge haben müssen. So aber sind es
46 gewesen, das Feuer hat genau 7 Sekunden gedauert,
46 wurden getroffen, aber keiner von den Pumpen, die
die Arbeiterhaft befehlig haben, war darunter; sie brach-
ten sich in Sicherheit und ungeschädigte Arbeiter mußten es
büßen. Wenn sich alle Schand rächt, dann wird sich auch
diese rächen, Herr Bod.“

Wir stellen fest, daß der Polizeipräsident C. Ernst von
Berlin (Rechtsminister) die Demonstration als eine beach-
tliche friedliche bezeichnete. Es waren nicht 46 Opfer, die
getroffen wurden — wie jetzt —, sondern 42 Tote und 105
Verwundete, was die gesamte Presse berichtet hat und aus-
drücklich bestätigt wurde. Von der Regierung und Presse wurde
der U. S. P. der Vorwurf gemacht, daß sie unter die De-
monstranten gegangen und Leben gefährdet, der „Burgund-
blätter“ sagt: „Von den Pumpen war keiner darunter.“
Daß nicht mehr Menschen gefallen, lag daran, daß nicht
auf der Seite Portal 1 des Reichstages, wo die Massen
nicht gedrängt standen, sondern vor Portal 2, wo die
Schüsse frei und die Menschen im Tiergarten zwischen den
Bäumen standen, geschossen wurde. Und dieser Mensch
wogt es, mit Gemeinheitsgefühl und Pumpen um sich zu
werfen.

Sodann wundert sich der Laifische, daß wir uns trotz
unserer Kritik am Gesetz an den Wahlen zum Betriebsrat
beschränken. Wie ob die Sozialdemokratie je anders gehan-
delt hätte. Wir trüffeln ein Gesetz durch, suchen aber die
Keinen Vorteile, die es eigentlich bringt, trotzdem für die
Arbeiter auszunutzen, so auch beim Betriebsratsgesetz.

Weiter unterwirft der „Burgundblätter“, um der
U. S. P. etwas auszuweisen, eine Schmähsung. In der-
selben Nummer des „Schulmachers-Sachblattes“ weisen wir
eine Unaufrichtigkeit der „Lebendbeiter-Zeitung“, daß die
U. S. P. für die Beratung des Betriebsratsgesetzes gar
nichts getan habe, zurück, indem wir nachweisen, daß die
U. S. P. zu jedem Paragraphen Verbesserungsanträge ge-
stellt und sie begründet habe. Ja, aber nicht in der Kom-
missionsberatung, wo es allein darauf ankommt“, sagt unser
„Burgundblätter“. Jeder, der in parlamentarischen Leben
ein bißchen Bescheid weiß, der weiß, daß die Gesetze nicht
im Plenum des Reichstages verfertigt, sondern von diesem
nur angenommen oder abgelehnt werden. Die Ausarbeit-
ung obliegt den Kommissionen.“ So schreibt der mit par-
lamentarischen Gebräuchen bewanderte „Burgundblätter“.
Wir, die wir auch in parlamentarischen Kreisen etwas un-
terrichtet sind, wissen, daß die Kommissionen überhaupt
keine Gesetze „verfertigen“, das tut nur die Regierung. Die
Kommissionen, wenn eine solche zur Vorbereitung eines Ge-
setzes eingesetzt wird, kann Verbesserungen oder
Beschränkungen vornehmen, oder dem Plenum auch die
Ablehnung empfehlen.

Das Plenum aber entscheidet in letzter Instanz und
nimmt nicht einfach die Kommissionsarbeiten an oder lehnt
sie nur ab, sondern diskutiert in dritter Lesung Gesetz
und Kommissionsanträge gründlich. Die dritte Lesung
jeder Vorlage ist die wichtigste von allen. Die dritte Lesung
des Betriebsratsgesetzes dauerte 5 Tage. Und bei die-
ser Gelegenheit hat die U. S. P.-Fraktion ihren Mann ge-
standen. Wenn gesagt wird, das haben sie getan aus agitatorischen
Gründen, so erwidern wir, daß schon von Bebel und
seinen Kollegen genau dasselbe gesagt wurde.

Wir sind aber etwas milder als unser „Burgund-
blätter“, wir sagen nicht, es ist Schwindel, sondern es ist
Buntheit, es, was er da mit seiner parlamentarischen Kenntnis
den Lesern vorbringt.

Am Schluß seines Artikels gibt er die ganze Schale
seines Giftes aus, und wären wir nicht so hart ge-
setzte Sünden, wir würden es nicht überleben.

„Ist das nicht Schindler getrieben“ — so ruft er
ganzig aus — „mit den Interessen der Arbeiterschaft?“
Kann solch politische Schwindler auch noch ein einziger
ausführender und denkender Arbeiter sein? Wir ver-
mögen es nicht zu helfen. Dem Schindler-Verband aber

oblag es, ihr Revolver in seinem Organ zu fegen. Hier
ist wirklich der Bod zum Gärtner gemacht worden, der es
verdiente, von den Arbeitern aus den Gärten ihrer In-
teressen verjagt zu werden. Ehrlich können es die mit
der Arbeiterschaft nicht mehr meinen.

Vielleicht kommen wir später noch einmal auf den
Gegenstand zurück.“

Wer sind denn die „Wir“? Wir sind neuartig. Wie
ist ihr Name, „Burgundblätter“? Heißen Sie Braun?
Böhnen Sie zeitweilig in Berlin und Nürnberg? Warum
haben Sie Ihr Schimpflaborat nicht mit Ihrem Namen ge-
dacht? Ueber meine Ehre mich mit Ihnen und Ihren näch-
sten Spießgesellen zu unterhalten, lehne ich ab.

Warum haben Sie Ihre Entgegnung nicht an das
Sachblatt gesandt, in dem doch der kritische Artikel stand?
In dieser Beziehung sind wir wirklich neutral und offenen
Anhängern der U. S. P. und U. S. P. die Spalten in die-
ser Zeitschrift. Wie hübsch ist es doch, mit einem Namen einen
„Wir“ zu machen. Man wollte Sie gar eine Jagd auf den
Unterzeichner machen. Es tut mir leid, daß ich Ihnen
und Ihren Spießgesellen dieses Vergnügen nicht gewähren
kann, da ich treulich aus dem Garten gehe, indem ich meine
Sackung wegen hohen Alters schon vor einem halben Jahre
geändert habe. Hoffentlich ist dann die Kritik Ihres Ver-
wechens vorüber. Werden Sie sich reich, vielleicht haben
Sie Glück. Große Freude würde darüber beim Nürn-
berger Israel herrschen.

Freie oder Zwangswirtschaft für Jeder?

Vor Monaten wurde die Bewirtschaftung des Lebers
aufgehoben. Die Folge waren riesige Siegerunten der
Bederpreise, die dauernd anhalten und sich in derart hohen
Preisen für Schwämmen und Reparaturen äußern, daß sie
für Arbeiterenteile kaum noch erschwinglich sind. Bes-
serung dieser Zustände ist nur von der Wieder Einführung der
Zwangswirtschaft für Leber zu erhoffen.

Am 16. Februar fand nun, wie die „Mittl. Allg. Ztg.“
mittelt, im Reichswirtschaftsministerium unter dem Vor-
sitz des Ministers Schmidt eine Beratung aller hiesigen
Bederninteressen darüber statt, ob die freie Han-
delswirtschaft beibehalten werden soll oder ob man andere
Maßnahmen treffen muß. Der größte Teil der Redner war
für die Beibehaltung der freien Wirtschaft mit der wertwür-
digen Begründung, daß man sich an die hohen Preise und
Bederpreise bereits gewöhnt habe! Für die gebur-
dene Wirtschaft traten dagegen die Häuftervereiner ein
und ein Konsumvereiner, werner der Vertreter des
Bundes Bauern. Minister Schmidt stellte sich auf den
Standpunkt, daß die hohen Preise an sich die Wiedereinfüh-
rung der gebundenen Wirtschaft unbedingt rechtfertigen wür-
den. Es sei aber außerordentlich schwierig, ein Mittel zu
finden, um sie durchzuführen. Er neigt daher ebenfalls der
Ansicht zu, daß es bei dem gegenwärtigen Zustande be-
stehen müsse. Es würden jedoch im Reichswirtschafts-
ministerium noch dauernd Ermügnungen darüber schweben,
wie der Leistung am Hauptmarkt durch Maßnahmen be-
gegnet werden kann.

Nach dieser Stellungnahme des Ministers Schmidt ist
wohl kaum noch eine Hoffnung, daß es durch das Eingreifen
des Reichswirtschaftsamtis zu einer Besserung in der Preis-
gestaltung für Leber und Schwämmen kommen werde. Daß
eine „Gewöhnung“ der Bevölkerung an die hohen Preise
eingetreten sei, können nur Interessenten behaupten,
binnen die hohen Preise die Taschen füllen.

Revolutionäre Verbands- Delegierte.

In Nummer 6 des Sachblattes ist ein Aufruf des Kol-
legen Kummerling, Gotha, abgedruckt, der nachdrücklich
etwas ergänzt werden muß, wenn er die gewünschte Wir-
kung erzielen soll.

Tüchtige Männer sollen als Vertreter auf dem Ver-
bandstag gewählt werden, das ist richtig; ist aber Lächer-
lich damit zu behaupten, daß die Delegierten das Mitgliedsbuch
der U. S. P. oder R. P. D. in der Tasche haben? Von den
Rechtssozialisten erwartet Kollege Kummerling nichts Gutes
und er empfiehlt deshalb, ja recht vorsichtig in der Wahl
der Kandidaten zu sein. Die Kandidaten sind nach R's An-
sicht nur, die auf „revolutionärem“ Boden stehen.

Vom Verbandsrat der Metallarbeiter in Sanktstadt, auf
den es doch recht „revolutionär“ bergang, hat Kollege Küm-
merling angedeutet nichts gelernt, er weiß vermuthlich auch
nicht, welche Entschädigung die Dinge gewonnen haben, seit-
dem die neue Zeitung in dieser Gewerkschaft am Ruder ist.

Nein — Wenn aus unserem Verbandsrat wirklich ge-
neralisch praktische Arbeit geleitet, wenn unser Verband
nicht zu einer stillen irgend einer Parteiarbeitung werden
soll, dann darf nicht die politische Stellung der Kandidaten
ausgeschlossen sein, sondern dann gilt es, Kollegen vorzu-
zuziehen, deren gesellschaftliche Stellung uns die Gemein-
heit gibt, daß sie aus dem Verbandsrat inträchtig dem
mitarbeiten, unsere Organisation auf der Höhe zu halten,
so wie es ihr möglich ist, unsere wirtschaftlichen Interessen
im Kampfe mit dem Kapital energisch zu vertreten. Wird
die Arbeit durch Parteihaber auf dem Verbandsrat ger-
schaltet, dann ist es vorbei mit der Kampfkraft unserer Ge-
werkschaft!

Alle — nicht Mitglieder dieser oder jener Partei, son-

dern pflichtbewusste Gewerkschafter brauchen wir als Ver-
treter; und das gilt nicht nur zum Verbandsrat, sondern
auch bei Besetzung jedes anderen Vertrauenspostens inner-
halb der wirtschaftlichen Organisation.

Edward Rau, Genuß.

Bericht der Bezirkskonferenz des 5. Bezirks

abgehalten am 15. Februar im „Gewerkschaftshaus“
zu Hamburg.

In das Bureau wurden gewählt die Kollegen Kumm-
erling und Schulte-Hamburg als Vorsitzende, Müde-Kiel und
Hilfner-Hamburg als Schriftführer. Anwesend waren 23
Delegierte und zwei Mitglieder der Bezirksleitung. Der
Verband waren 21 Bezirksstellen, zehn fehlen. Die Verhandlung
dauerte von 9 1/2 Uhr morgens bis 9 1/2 Uhr abends mit
Unterbrechung von einer Stunde. Kummerling gab den Ge-
schäftsbericht. Der Reichstagsrat hat der Bezirksleitung viel
Arbeit gemacht. Wegen Unkenntnis des Landes war es den
Auswärtigen nicht möglich, die Sache zu überlegen und so ist
es in einigen Punkten jetzt wieder geschehen, daß die Leis-
tungszulage in dem Lohn aufgeführt wurde. In den Ver-
trägen, wo die Beschäftigten nicht einbezogen sind, ist
es schwer, die Zulagen zu erreichen, umso mehr, wenn es sich
um weibliche Beschäftigte handelt (Bantoffschloß). Der
Tarif ist rechtsverbindlich und auch bei den Fabrikanten,
welche nicht Mitglied der Unternehmerorganisation sind und
sich weigern, den Tarif zu zahlen, können bei den Schlicht-
ungsausschüssen verlagert werden. Es ist da aber erforder-
lich, daß die Kolleginnen und Kollegen geschult darüber
sind.

Ueber die Schöfharbeiterbewegung sei zu sagen, daß die
Wohlfahrt phantasie geführt wurde, eine jede Fabrik sollte
herauszufinden, was möglich war. Die Rot an Substanz-
leistung hatte zur Folge, daß sehr viele Unternehmer entlan-
den, wodurch die Lebenskraft noch mehr erschwert wurde.
Der Frage des Reichs- oder Reichstages wurde dadurch
näher getreten, in dem Schreiben an die Verbände nieder-
schüler und norddeutscher Schuhmachervereine gerichtet
wurden, mit dem Entschluß, ob sie gewillt seien, in Verhand-
lungen über einen Tarif mit uns einzutreten. Antwort ist
nicht eingegangen.

Bei der Frage Lehrentart und Schuberzeugung richtet
Kummerling die Ermahnung an die Delegierten, auf die Zusat-
zelle einzukommen, daß bei der Herstellung der Schuhwaren
für Arbeiterenteile, welche die Reichsregierung im Werk-
verträge an die Unternehmer vergibt, postiert wird, daß
dieselben auf gearbeitet werden, denn nicht die erste Ver-
einbarung nicht nach dem Wähler aus, bekommen die Fabrik-
anten keine weitere, wodurch unsere Kolleginnen und Kol-
legen ebenfalls geschädigt werden.

Ueber den Reichstagsrat besonders führte Kummerling
noch aus: Daß wenn Fabrikanten sich weigern, den ange-
gebenen Lohn zu zahlen, nicht getreift werden darf, sondern
es müssen alle bestehenden Instanzen angerufen werden
und geht der Unternehmer dann noch nicht, muß zur Ein-
führung gezwungen werden. Ein solcher Fall liegt im Bezirk
vor. Für höhere Forderungen als der Reichstagsrat darf eben-
falls nicht getreift werden, sondern es muß durch Verhand-
lungen versucht werden — es handelt sich meistens um Ein-
zelarbeiter —, etwas herauszuholen. Zum Schluß richtete
er noch die weitere Mahnung an die Ortsvereinigungen, daß
die Fragebogen immer gewissenhaft ausgefüllt werden. Es
werden sich verschiedene Fragestellungen gar nicht ausge-
füllt, wodurch es dem Reichstagsrat unmöglich wird, ein
genaues Bild von der Jobstelle zu bekommen.

An der Diskussion wurden fast von allen Orten über
ein Erkennen der Organisation berichtet, sowie der Vorteil
des Reichstages hervorgehoben und dem Verlangen, daran
festzuhalten, Ausdruck gegeben. Ueber die Unklarheiten
des Landes soll durch Aufklärung Arbeit geschaffen werden
und dazu sollten die größeren Jobstellen herangezogen
werden, ebenfalls zur Egitation. Es ist leicht, zu glauben,
daß alles von oben gemacht werden muß.

Das Bestreben, auch für die Schöfharbeiter einen Reichs-
oder Bezirksrat zu schaffen, wurde begrüßt und der Er-
wartung Ausdruck gegeben, daß dadurch etwas bestimmtes
und festes geschaffen wird. Eine Kommission, welche die
letzte Konferenz in der Sache eingeleitet hatte, war am
Abend vor der Konferenz zukommengewesen und ließ die
Richtlinien dem Kollegen Wehner vorbringen. Die Kom-
mission wurde verifiziert und sie soll den Tarif endgültig fest-
setzen und den Jobstellen zusehen. Mitglieder der Kom-
mission sind die Kollegen Wehner-Hannover, Hochberg-
Bremer, Müde-Kiel, Seemann-Lübeck, Helmman-Lüneburg,
Börke-Elberhorn, Schulte-Hamburg. Dazu wurde ein An-
trag angenommen, der verlangt, daß der Reichstagsrat zum
1. April zum Rücktritt gebracht werden muß. Im Falle der
Ablehnung soll gemeinschaftlich dafür eingetreten werden.

Von verschiedenen Delegierten wurde scharf dagegen
protestiert, daß der Zentralverband keine Vertreter zur
Konferenz geschickt hat, ebenso dagegen, daß das Ausstellen
der Mitgliedsbücher so lange Zeit dauert, denn dadurch tritt
nicht nur die Gefahr, ein Mitglied zu verlieren, die Mitglieds-
bücher verlieren auch die Wähler und weigern sich dann, nach-
zutreten. Es ist vorgeschlagen, daß dadurch Mitglieder
abgegeben werden.

Eine Resolution, welche die Wiedereinführung des
Zwangswirtschaft für Leber forderte, wird, nachdem Küm-
merling längere vertrauliche Ausführungen gemacht hat
gegen diese Skizzen abgelehnt. Dem nachfolgenden Text

wurde über die Beitragspflichten berichtet. Durch Annahme eines Antrages wurde die Beitragspflicht beauftragt, die Regelung der Frage in die Hand zu nehmen. Es werden Fragebogen an die Zahlstellen gefordert werden, welche zusammengefasst und der Generalversammlung vorgelegt werden sollen.

Anträge zur Generalversammlung. Bremen beantragt gem § 5: Beiträge und Jugendliche bis 18 Jahren zu legen, das wurde abgelehnt.

Weitere Anträge von Bremen wurden angenommen: § 9 Ziffer 6 soll es heißen: Außerdem wird für jedes Kind unter 14 Jahren, bezw. jedes schulpflichtige, auch wenn das 14. Lebensjahr überschritten ist, eine Zuschlagsunterstützung von 3 Mark pro Woche gewährt. § 9 Ziffer 1: Kranken-, Reise- und Arbeitslosenunterstützung wird zusammengefasst. § 7: Beitragsfrei sind die Mitglieder während der Dauer von: a) nachweisbarer Krankheit, b) Arbeitsunfähigkeit bei vorübergehender oder dauernder Invalidität, c) Arbeitslosigkeit, sofern die vorgeschriebene Kontrolle eingehalten wird. Beitragsfreie Wochen sind im Mitgliedsbuch anzuführen. § 11 Abs. 2: 1. Klasse 12 Pfg., 2. Klasse 15 Pfg., 3. Klasse 20 Pfg., 4. Klasse 25 Pfg., § 13 Ziffer 5 ist zu streichen.

Folgender Antrag fand einstimmige Annahme: Dem Vorstand ist ein Beirat von 16 Mitgliedern zur Seite zu stellen. Dieser ist durch die einzelnen Bezirke zu je 2 zu wählen. Der Beirat ist bei wichtigen Anlässen, wie Tarifabschlüssen, Erhebung von Ertragsbeiträgen und dergleichen zusammenzutreten. Hamburg stellte einen Zusatzantrag, der ebenfalls angenommen wurde, er betraf: Die Mitglieder des Beirates müssen hiesigen sein, die als Arbeitnehmer beschäftigt und im Beruf tätig sind. Ein Antrag, daß bei Abschlüssen von Tarifverträgen für Fabrik- und Schloßgewerbe möglichst dahin zu wirken sei, daß die geschicklichen Fertiger wie andere Arbeiterangehörige werden, fand Annahme. Antrag Hannover: § 9 Ziffer 19, das Wort „berufenet“ zu streichen, ferner auch Annahme. Lübeck beantragt: Die Streikunterstützung beträgt pro Woche bei einer Mitgliedsdauer von 3 bis 12 Monate 1. Klasse 65 Mark, 2. Klasse 52 Mark, 3. Klasse 42 Mark, 4. Klasse 35 Mark, über 12 Monate 1. Klasse 75 Mark, 2. Klasse 60 Mark, 3. Klasse 48 Mark, 4. Klasse 40 Mark. Der Antrag wurde mit folgender Erklärung angenommen: Um die nötigen Mittel aufzubringen, ist die Kontierung der Beiträge zu erhöhen unter Beibehaltung der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung. Zum Reichelarf beantragt Bremen: Einsetzung aller Städte über 100 000 Einwohner in die erste Klasse. Das wurde abgelehnt und beschlossen: Die Einsetzung der Orts erst auf unter Zustimmung der örtlichen Verhältnisse. Den Antrag Bremen: Der Beirat des Reichelarf ist neu zu besetzen und durch eine von der Konferenz einzuwählende Kommission zu wählen, lehnte die Konferenz ab und wählte Kommissare wieder. Die Gründe, die Veranlassung zu dem Antrag gegeben haben, wird Kommissar an Ort und Stelle klären.

Ueber Rätefragen, Verschmelzung, Arbeitsgemeinschaften, konnte wegen der kurzen Zeit nicht ausgiebig verhandelt werden, was aber dazu gelang, über aus der Diskussion bei der Verhandlung herauszukommen, läßt sich darin zusammenfassen: Der Generalversammlung möge es gelingen, das Gute, was darin liegt, zum Vorteil der Organisation auszuheben zu werden.

Die politischen Meinungsverschiedenheiten, die bei der Verhandlung ab und zu zum Vordurchkommen waren, waren vorhanden, es es galt, die Mittel und Wege zu finden, um unseren Lohn und unsere Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Der Kollege Schulte schloß die Konferenz mit der Empfehlung, einzig zu sein, denn darin liegt unser Glück!

Aus unserem Beruf.

Von amtlicher Stelle wird folgendes bekannt gegeben: „Schon seit für die minderbemittelte Bevölkerung. Die unermüdet leistenden Hüter und Bedenker haben Verantwortung in den weitesten Kreisen der Bevölkerung hervorgerufen, da die Versorgung mit Schutzwaffen zu erfordern. Diesen Briefen hindurch äußerst getrieben ist. Hier regellos eingetreten. Hi Zulage der Reichswehrleistung §. m. b. h. die bereits mehrere 100 000 Paar Schuhe an die Kommunalverbände verteilt hat. Diese Schutzwaffen sollen zum Preise von 60 bis 70 Mark abgegeben werden. Es ist mit einer weiteren Verteilung von größeren Mengen Schutzwaffen in der nächsten Zeit zu rechnen. Die künftige Ausgabe der Schuhe wird dadurch ermöglicht, daß das Reich aus den Ueberflüssen der Deutschen Leber- u. u. und den Erträgen der Konjunkturgewinnabgaben für jedes Paar Schuhe einen Zuschuß von rund 20 bis 40 Mark zahlt. Der Umfang der Reichswehrleistung ist somit abhängig von der Preissteigerung auf dem Schuh- und Ledermarkt und von den Mitteln, welche dem Reich aus den Konjunkturgewinnabgaben noch zurfließen.“

Damit wird die verbreitete Ansicht nicht gut gemacht. Solange dieser Mangel an Leder besteht, kann nur die Zwangsverteilung Abhilfe schaffen.

Mitteilungen.

Erstl. Zeitung, Schumacher Die Arbeiter der Schuhfabrik Joh. Peters Söhne stehen wegen Entlassung eines Schwertzeugsbesitzigen im Zustand. Zusatz ist herausgegeben. Die Ortsverwaltung des Schuhfabrikers Derkschlag.

Heilbronn. (Ein Ausgleich.) Die Mitte vorigen Monats getroffenen Abmachungen betrefend die Feuerungszulage haben in keiner Weise beachtet. So, es wurden sogar in den Versammlungen gegen unseren Hauptvorband die schwersten Vorwürfe ausgesprochen, welche zum Teil in Resolutionen ihren Ausdruck fanden. Gleich eingangs der Abmachungen heißt es a. B.: Als Ausgleich für die neuerdings eingetretene Lauerung werden Feuerungszulagen gewährt. Wenn nun eine vierköpfige Familie geringe Gehalt pro Woche 150 Mark allem für Lebensmittel in Rechnung setzen muß und der größte Teil der Arbeiter verdient noch nicht einmal diesen Gehalt, wo bleibt da der Ausgleich? Ich meine, der Ausdruck „Ausgleich“ sei etwas zu weit gegangen, und das umso mehr, als je auch noch andere sehr notwendige Bestimmungen in den Abmachungen vorhanden sind, z. B. bei geschicklichen Fertigkeiten, Arbeitslosenunterstützung, Arbeitslosenunterstützung wird die Feuerungszulage arbeitsmäßig zur gearbeiteten Stundenzahl geteilt. Das trifft gerade hier in Heilbronn zu, wo infolge Strommangels schon mehrere Wochen nur 4 Tage in der Woche gearbeitet werden darf. Da nun die Bedürfnisse einer Familie gleich bleiben, ob 6 Tage oder nur 4 gearbeitet wird, sind die Kollegen gewiss, den größten Teil der 47 Stunden auf 4 Tage umzuverteilen, denn bei einer solchen Arbeitszeit ist von einer Feuerungszulage wenig zu erwarten und Erwerbslosenunterstützung ist in den meisten Fällen nicht zu bekommen. Im Grunde genommen ist deshalb diese Feuerungszulage nichts weiter als eine Brot- und Kartoffelzulage. Da aber auch der Arbeiter noch andere Bedürfnisse hat als wie nur Brot und Kartoffeln und die Preisverhältnisse noch immer unausgeglichen im neuen Begriffen sind, muß es naturgemäß in nächster Zeit zu neuen Forderungen kommen.

Resolution: „Die Mitgliedschaft der Zahlstelle Heilbronn protestiert auf das energischste gegen die Abmachungen betrefend die Feuerungszulage, die von Seiten des Zentralverbandes der Schuhmacher und des Arbeitgeberverbandes abgeschlossen wurden. In Anbetracht der gegenwärtigen Feuerungsverhältnisse ist diese minimale Zulage bestenfalls, was die Arbeiterzeitung unter allen Umständen haben muß, um nur das notwendige aufschaffen zu können, nicht in Einklang zu bringen. Das kann auch noch weitere, Arbeitslosenunterstützung und dergleichen an der Zulage abgezogen werden, wo die Kollege schon ohnehin groß genug ist, erfüllt uns mit Erbitterung, und wir können es uns nicht erlauben, auch dem Hauptvorband unseren schärfsten Tadel auszusprechen, weil wir unter diesen Umständen annehmen müssen, daß er sich nicht genügend informiert hat über die derzeit herrschenden geradezu katastrophalen Verhältnisse.“

Die Mitgliedschaft Heilbronn.

Heilberg (Schle). Vor einem Jahre noch war das Los der hiesigen Schuhmacher-Bezirke ein sehr trauriges. Eine Organisation bestand nicht, ein jeder Kollege war auf die Gültigkeit seines lieben Reichelarf angewiesen, was dabei herauskommt, weiß ein jeder Kollege. Das die Zustände um ein ganzes Teil besser geworden sind, hat unser lieber Kollege Reichelarf hauptsächlich bewirkt. Am 1. Juni o. J. gelang es ihm, hier eine Zahlstelle des Zentralverbandes zu gründen. Durch rege Tätigkeit, verbunden mit großer Geduld und großer Ausdauer war es nur möglich, die Zahlstelle auf die Höhe zu bringen, wie sie heute beschaffen ist. Genuß ist noch manches zu verbessern und mancher Fehler abzustellen, aber es geht vorwärts! Mühsam jeder Kollege das Seine dazu beitragen; unser neuer Vorstand mit Werkstattdirektion dieser hierzu Gelegenheit, ein jeder Kollege muß energisch sein Recht fordern, stellt sich ein oder der andere Arbeitgeber entgegen, dann wird die Ortsverwaltung nachhelfen. Solange wir nicht im Besitze des konstitutierten Reichelarfes für das Schloßgewerbe sind, sind wir leider gezwungen, im kleinen weiter zu kämpfen, letzteres ist für die kleinen Zahlstellen besonders schwer. Vor allem Dingen, Kollegen, beachtet die Versammlungen rege, zeigt mehr Interesse für das Allgemeine. Wer sich marschieren und ordentlich schlagen, soll unsere Leistung sein, der Erfolg wird sicher nicht ausbleiben. Mit dem bisherigen Erfolg unserer Zahlstelle können wir zufrieden sein. Am vergangenen Sommer schlössen sich die Innungsbezirke Bornbrunn und Schmieberg unserer Zahlstelle an, so auch vor kurzem die Kollegen des Bismarck-Bezirks. Die Reichelarfzeit der Organisationsarbeit ist immer mehr dabei, müht euch die letzten der uns noch leuchtenden Kollegen einzeln einzuwirken in unsere Kampforganisation.

Neffen. Auch ein Kollege! Einen guten Griff schenkt die Firma Stadler in Hofheim mit ihrem neuen Zweimotorigen Herrn Fröh Holland gehen zu haben. Hat es doch dieser junge Mann (?) in der kurzen Zeit seiner Tätigkeit fertig gebracht, unserer dortigen Kollegenchaft den Affekt aufzulockern. Man hat sich ja heute an verächtliche Ueberredungen gewöhnt, aber daß einer keine Ueberredung in so kurzer Zeit gerade in das Bewusstsein umwandeln könnte, hätte die Weisener Kollegenchaft doch nicht für möglich gehalten.

Der Arbeiterschutz konnte gar nicht schnell genug vorgehen. In jeder Versammlung brachte er zum Ausdruck, daß hier viel zu viel gearbeitet würde, und wenn es nach diesem Herrn gegangen wäre, müßten wir alle Ruhe streifen. Es stellt sich aber doch heraus, daß Holland ein Mensch war. Er hat dem Verband den Rücken gekehrt, ohne sich abzumenden und seine stillerenden Beiträge zu bezahlen. Die Reuehaftigkeit ist hier viel zu mächtig überhand genommen, denn beim Handeln ist die Sache vorüberhand genommen, so daß dem Kollegen der Boden zu heiß unter den

füßen wurde, und er den Schoden nicht mehr bezahlen konnte, den er der Firma Mühsen schuldete. Den Kollegen Kollegen müßten wir uns Herz legen, diesen Herrn gegenüber auf der Hut zu sein.

Dassau, Rohrbachweg. Am 1. November 1919 wurde der beabsichtigte Kohlenrat von den Kollegen gestiftet. Geordert wurden 30 Prozent. Die Meister waren jedoch nicht bereit, im Jahr 1920 wurde die Generalversammlung von Oberweiler einberufen. Es kam ein Antrags von ihnen (37 Meister waren anwesend) 30 und 20 Prozent geboten. In der 3. Klasse nichts. Selbstverständlich konnten wir dieses Angebot nicht annehmen. In Anbetracht der seit November steigenden Verteuerung der Brennmaterial und notwendigen Gewinnaufschlag forderten wir dann in der 1. Klasse 70 Prozent, in der 2. Klasse 50 Prozent und für die 3. Klasse gaben wir ihnen zur Antwort, daß die Beiträge da. Die Meister blieben demnach bei ihrem Angebot. Wir riefen daraufhin den Schlichtungsausschuß an. Nach drei Wochen Parteitag am Donnerstag, den 19. Februar Verhandlung statt. Der Schlichtungsausschuß war vertreten durch Kaufleute (Zigarettenhändler und dergleichen) und etwas zweifelhafte Arbeitermeister, so daß wir uns begabigen mußten, in der 1. Klasse mit 70 Prozent, in der 2. Klasse mit 40 Prozent und in der 3. Klasse mit 20 Prozent. Nachzahlung am 1. Februar. Unsere Fortsetzung: Nachzahlung am 1. November, wurde abgelehnt mit der Begründung, daß die Meister von ihren Reichelarf nichts mehr nachfordern können, obwohl der Preis hier höher steht als in Leipzig. (Schumacher-Hofheim Nr. 7) In den Beiräten liegt es nun, daß der Lohn auch eingehalten wird und appellieren wir nochmals an sie, es auf den letzten Mann sich der Organisation anzuschließen, denn nur dann können wir etwas erreichen. Der Durchschnittslohn war bis heute 60 Mark, beträgt jetzt 72 bis 102 Mark, stehen also noch um 22 bis 55 Mark hinter den Scheidewert zurück. Diesen Vorprung einholen können wir nur, wenn der letzte Mann organisiert ist und jeder seine Pflicht tut. Es gilt unserer Ehre.

Rohrweil. Die Schuhmacher von Rohrweil sind ein fleißiges und zureichendes Volk. Ganz selten lassen sie etwas von sich hören und nur im äußersten Fall gehen sie an die Desfinitheit. Man sollte meinen, daß es ihnen zu gut geht, was aber leider nicht der Fall ist. Die niedrigsten Löhne besaßen gerade hier, es ist ein kühnster Kampf um den Mindestlohn, hier ist er zum höchsten gemacht worden, den viele nicht erreichen. Es ist unglücklich, zu welchen Mitteln man greift, um diesen Tariflohn aus den Händen der Arbeiter herauszuschlagen; ganz besonders toll treibt es die Firma Stadler. Diese Firma ist jetzt Alltagslohnbesitzer geworden, wozu die Fabrik in Eisenstein gehört. Diese Firma stellt jetzt etwas ganz besonderes in der Ausstattung der Arbeiter. Herr Stadler wird von seinen beiden Söhnen hierbei unterstützt. Diese beiden jungen Herren waren während des Krieges Leutnants und werden nun den Leutnants ausgeben gegen ihre Arbeiter an. Vor ein paar Wochen war in der Fabrik ein Einbruchdiebstahl vorgekommen, es sollten gegen 70 Paar Schuhe gestohlen worden sein. Diesen Verlust hat Herr Stadler bemerkt, um bei vielen Arbeitern Hausdurchsuchungen vornehmen zu können, in der Hoffnung, vielleicht ein Stückchen Leder zu finden, welches aus seiner Fabrik kommt, um so eine Handhabe zu finden, verschwendet auf die Straße zu werfen. Denn viele Leute, die lange Jahre bei ihm gearbeitet haben und viele davon Jahre lang in Fesseln gewesen sind und an ihrem Recht schalteten, sind ihm jetzt zu all. Er will sie durch jüngere ersetzen in der Hoffnung, daß diese billiger arbeiten. Bei jeder Gelegenheit müssen sie sich folgen lassen, daß sie gehen können. Sogar einem Kollegen, welcher 20 Jahre bei dieser Firma tätig war und erst vor kurzer Zeit aus englischer Belangenzeit heimgekehrt ist, wurde ein Gehalt gefordert, daß er nicht mehr gebraucht wird. Welche Gefühle durch eine solche Handlungsweise erzeugt werden, begriff jeder anständige Mensch, nur Herr Stadler und seine zwei Söhne nicht. Die kurze noch wird sich die Kollegenchaft solche Handlungsweise gefallen lassen, esse sie sich ermannen und mit Energie ihre Rechte verteidigen.

Schwanningen. Wenn ich die vielen Berichte und Mitteilungen lese, die über unseren Verbandstag geschrieben werden betr. Kampforganisation und Unterstützungorganisation, dann muß ich die Frage aufwerfen: Warum so viele Worte und so klunwigen Taten? Müht euch eure Kollegen auf, zeigt ihnen die großen Vorteile einer gut geführten Kampforganisation und die zweifelslosen Vorteile eines Unterstützungsinstituts. Entweder Kampf gegen den Kapitalismus oder Unterstützung bis zur Keule. Ich habe schon 1915 oder 1916 auf einer Konferenz in Stuttgart den Antrag gestellt, sämtliche Unterstützungen abzuschaffen, dagegen Streit- und Selbstverteidigungsorganisationen so auszubauen, daß den Kollegen ein menschenwürdiges Leben gesichert ist. Dieser Antrag wurde förmlich mit der Begründung abgelehnt, daß man die Unterstützungen zur Notation und Gewinnung neuer Mitglieder brauche. Das war ja einmal auch der Fall im alten Preußen-Deutschland. Heute in der Revolutionzeit, wo jeder Arbeiter weiß und wissen muß, wo kein Recht ist, gibt es andere Mittel zur Gewinnung neuer Mitglieder, hier ist nur an eines erinnert. Die großen geschlossenen Verbände hier die Zentralorganisationen. Wie bereits zum Verbandstag, bezieht das Wort: Ruch Kampf zum Sieg.

Soß. Hüter.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für die Woche vom 1. März bis 7. März der 10. Wochenbeitrag fällig ist.

Um unsere Ortsverwaltungen und Mitglieder!

Dem Reichsarbeitsministerium erließen wir nunmehr die Mitteilung, daß der Reichsarbeitsvertrag für die Schuhindustrie in seiner Fassung vom 31. Oktober 1919 mit Wirkung vom 1. Nov. 1919 ab für allgemein verbindlich erklärt wurde. Er hat damit für alle Betriebe im deutschen Reich die Rechtswirkung erlangt.

Der Nachtrag zum Reichsarbeitsvertrag vom 23. Januar dieses Jahres ist leider noch nicht erlosch. Doch dürfte auch das bald geschehen.

Wir bringen das den Ortsverwaltungen und Mitgliedern hiermit zur Kenntnis und ersuchen dieselben, darauf zu achten, daß nunmehr die Bestimmungen des Reichsarbeitsgesetzes nicht mehr als Maßstab zu nehmen sind, sondern die Bestimmungen des Reichsarbeitsvertrages.

Der Vorstand hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, für die ausgefallene Stelle eines Ortsverwalters für die Gewerkschaften den Kollegen Oswald Metzger aus Erfurt auszuwählen. Kollege Metzger hat die Wahl angenommen und wird seinen Posten sobald als möglich antreten.

Wir bringen das den Kollegen hiermit zur Kenntnis und sprechen den übrigen Bewerbern für ihre Bemühung unseren Dank aus. Eine besondere Mitteilung werden wir baldmöglichst nicht zugehen lassen.

Am der letzten Sitzung der Zentralarbeitskommission vom 19. Februar wurden nachfolgende Stills in anderen Ortsklassen verlegt: bezw. neu eingereiht:

A. Gemeinleistung.

- Hilfenstein a. D. in Ortsklasse 2.
- Bonn a. Rh. in Ortsklasse 2.
- Darmstadt in Ortsklasse 2.
- Merlein i. Sa. in Ortsklasse 4.
- Gummersbach Rhld. in Ortsklasse 2.
- Hof i. Bay. in Ortsklasse 3.
- Hajum Sch. Holl. in Ortsklasse 5.
- Leibsch bei Jauerfurt a. Rh. in Ortsklasse 2.
- Altenheim a. R. in Ortsklasse 5.
- Neulandeburg i. G. in Ortsklasse 4.
- Wim a. D. in Ortsklasse 3.
- Oberkriehausen a. Sa. in Ortsklasse 4.
- Rebberg i. G. in Ortsklasse 2.

B. Verfestungen.

- Höttingen b. Halbroom a. R. in Ortsklasse 2.
- Gerenswille in Ortsklasse 3 (Verfestung abgelehnt).
- Jepman i. Böh. in Ortsklasse 4 (Verfestung abgelehnt).
- Jepman i. Böh. in Ortsklasse 4 (Verfestung abgelehnt).
- Hoff. Oberdorf in Ortsklasse 5 (Verfestung abgelehnt).
- Hilfenstein a. R. in Ortsklasse 3 (Verfestung abgelehnt).
- Eudenswille in Ortsklasse 4 (Verfestung abgelehnt).
- Kochhausen in Ortsklasse 4 (Verfestung abgelehnt).
- Stortow in Ortsklasse 4 (Verfestung abgelehnt).
- Sonthem b. Halbroom in Ortsklasse 3 (Verfestung abgelehnt).
- Städtig Bro. Schaffen in Ortsklasse 5 (Verfestung abgelehnt).

Die übrigen Einträge auf Neueinstellung oder Verfestung in andere Ortsklassen wurden nicht verhandelt bzw. zurückgestellt. Die Neueinstellungen und Verfestungen treten mit dem Tage der Beschlußfassung in Kraft.

Zur Beachtung für die Kassierer.

Nach unserem Statut können über 18 Jahre alte männliche Mitglieder nur in die 2. oder 3. Klasse eintreten, keinesfalls dürfen sie in die 1. Klasse aufgenommen werden. In letzter Zeit mußten wir aus abgelaufenen Karten mehrfach diese Fehler feststellen, und die Differenzbeträge dafür rekommunizieren. Wir ersuchen die Bevollmächtigten und Vertrauensleute, das sowohl bei der Aufnahme, als auch beim Umtausch abgel. Karten zu beachten und die Kollegen auf diese Fehler aufmerksam zu machen.

Das Adressenverzeichnis unseres Verbandes ist fertiggestellt und kommt demnächst zum Versand. Unsere Mitglieder erhalten dasselbe zum Selbstkostenpreis von 1,- RM. durch die Ortsverwaltung.

Den Bestellern von Briefstücken zur Kenntnis, daß sich der Preis der Doppelstücken von 2,- auf 3,- RM. erhöht hat. Briefstücken (Größe 38 mal 50) sind vorläufig nicht mehr zu liefern, infolge Materialknappheit und zu hohen Herstellungskosten.

Nach Grund des § 6, Abs. 1 des Statuts wurde nachfolgenden Jahrestellen die Einführung bezw. Erhöhung von Lokalbeiträgen genehmigt:

- Krefeld vom 15. Februar ab die Erhöhung des Lokalbeitrags von 10 auf 20 Pfg. pro Woche und Mitglied zu erhöhen. Ferner zur Störung der Lokaltaxe einen einmaligen Beitrag von 3 Mark zu jedem Mitglied.
- Bautzen vom 15. Febr. ab die Einführung eines Lokalbeitrags von 20 Pfg. pro Woche und Mitglied.
- Berlin vom 1. März ab die Erhöhung des Lokalbeitrags von 25 auf 35 Pfg. pro Woche und Mitglied zu erhöhen.
- Emmerdingen vom 1. Februar ab die Erhöhung des Lokalbeitrags von 5 auf 15 Pfg. pro Woche und Mitglied zu erhöhen.
- Glauchau vom 1. März ab die Einführung eines Lokalbeitrags von 10 Pfg. pro Woche und Mitglied.
- Hof i. Bayern vom 1. März ab die Einführung von 10 Pfg. Lokalbeitrag in allen Klassen pro Kopf und Woche.
- Leonberg vom 1. April ab die Einführung eines Lokalbeitrags von 10 Pfg. pro Woche und Mitglied.
- Leipzig von der 8. Beitragswoch. 1920 ab Erhöhung des Lokalbeitrags auf 20 Pfg. pro Woche für alle Mitglieder.
- Ostpreu. vom 1. April ab die Einführung eines Lokalbeitrags von 10 Pfg. pro Woche und Mitglied.
- Paderborn vom 1. Februar ab 10 Pfg. pro Mitglied und Woche.
- Pforzheim vom 1. April ab die Erhöhung des Lokalbeitrags von 10 auf 30 Pfg. pro Woche und Mitglied.
- Die Mitglieder genannter Jahrestellen machen wir darauf aufmerksam, daß die Nichtbezahlung dieser Beitragssumme die Folgen des § 9 a. f. nach sich zieht.

Rürnberg, den 28. Februar 1920.

Der Vorstand.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen

Dormau (Mark). Richard Herrmann, Weinbergstraße 26. 1. Bev.: Alfred Vieking, Weinbergstraße 66, 2. Bev.: Emil Böhm, Weinbergstraße 80, 3. Bev.: Die Reklamationskommission zählt der 2. Bev. von 6-7 Uhr nachmittags aus.

Friedenhausen (Württemberg). Wilhelm Greising, 1. Bev.: Albert Haus, 2. Bev.: Wilhelm Südt, 3. Bev.: Unterstützungen zählt der 2. Bev. von 5-6 Uhr nachm. aus.

Riesheimbolsheim (Wald). Georg Reinhold, 1. Bev.: Phil. Böllig, 2. Bev.: Karl Fischer, 3. Bev.: Unterstützungen zählt der 2. Bev. aus. Versammlung jeden 1. Sonntag des Monats.

Raumburg (Bober). Die Jahrestelle Raumburg (Bober) gilt hiermit bekannt, daß Kollege Gustav Tschering, 1. Vorsitzender, aus dem Vorstand ausscheidet und Kollege Karl Kamrad als 1. Vorsitzender gewählt wurde. Sämtliche Zuschriften sind an Karl Kamrad Raumburg (Bober), Markt, zu senden.

Spandau. Gustav Borchert, Wilmstraße 16, 1. Bev.: W. Schirmer, Gutsenhagener Straße 44, stellvert. Bev.: Hans Schöber, Kleine Rindstraße 1111, 2. Bev.: Gust. Maria, Mittelstraße, 3. Bev.

Literarisches.

Im Verlage Heimhahn-Biesbaden erschien „Der Arbeiterkampf“. Das Schriftchen wird den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden empfohlen. Wir liefern das „Arbeiterkampf“ zum Verkauf an Ihre Mitglieder für je 90 Pf. postfrei und bitten zu bestellen.

Versammlungs-Kalender.

- Witglieder-Versammlungen.**
- Dormau (Mark). Freitag, den 12. März, abends 8 Uhr im Lokal „Gewerkschaftshaus“.
- Ostfeldberg. Dienstag, den 9. März, abends 8 Uhr im „Volkshaus“.
- York (Cauzig). Montag, den 8. März, abends 7 Uhr im Vereinslokal, Rühlentstr. 84.
- Greisbach. Freitag, den 12. März, abends 7 Uhr: Mitglieder-Versammlung im „Alten Schäfershaus“.
- Guben. Montag, den 8. März, abends 7 1/2 Uhr in der „Kriehaus“.
- Halberstadt. Montag, den 8. März, abends 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus“.
- Karlshütte. Montag, den 8. März, abends 8 Uhr im Restaurant „Zum Schilddorger“. Unterstützungen zählt der 2. Bev. von 5-6 Uhr im Vereinslokal „Zum Schilddorger“, Baummeisterstraße 16/18, aus.
- Wittweiba 3. Montag, den 8. März, abends 7 Uhr im „Volksgarten“.
- Riesenburg a. W. Montag, den 8. März, abends 7 Uhr im Lokal Deim. Hentel, Altere Straße.
- Ostsch. Montag, den 8. März, abends 7 Uhr im Lokal „Garthaus“, Dreierstraße.
- Kochheim. Sonnabend, den 13. März, abends punkt 7 Uhr, im „Deutschen Haus“.
- Waldheim (Cachfen). Montag, den 8. März, abends 8 Uhr im „Schwielertal“.
- Zeitzau. Sonntag, den 7. März, nachmittags 5 Uhr Versammlung im „Trauer-Schilddorger“, Schilddorfer.

Wegen Raumengels mußten einige Melde- und Berichte zurückgestellt werden. D. Red.

Redaktionschluss: Montag früh 10 Uhr. Berichte müssen spätestens Sonnabend früh, kurze Notizen und Depeschen bis Montag früh in unseren Händen sein. Die Redaktion.

Bezirk 3.

Frankfurt a. M.

Wir machen die Kollegen darauf aufmerksam, daß die Konferenz am 14. März, morgens 9 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ beginnt. Delegierte in entfernt liegenden Orten tun wohl, wenn sie schon Sonnabend abreisen.

Die Bezirkseleitung. Grünmeier.

Echtiger Vorrichter

für erstklassige Maßarbeit per sofort gesucht
Rudolf Weber, Schäftesteppler, Frankfurt a. M. 13, Köhlerheimlandstraße 24.

Unsere wertigen Kollegen Karl Rauch und seiner lieben Frau zu ihrer am 21. Februar stattgefundenen Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Zahlstelle Oldenburg.

Unsere Kollegen und Kolleginnen Hilb. Förster, Erwin Schürer, Adele Bahnd, Olga Bergens und Auguste Steinhaus zu ihrer prägen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen und Kolleginnen des Firma Fort & Pulvermacher, Wermelskirchen.

Echtige Sohlenstanzer
sucht
Schuhfabrik Schneider, Frankfurt a. M.
Rainsbergerlandstraße 281.

Für meine Maßschuhmacherei suche ich einen durchaus
zuverlässigen Gehilfen
der imstande ist, saubere Handböden herzustellen.
Off. Offerten erbeten an
Eheodor Gritsch, Dessau (Anhalt),
Noten-Schiffstraße 14.

Schäftemacher
durchaus selbständig, sowie einige
Randarbeiter
sucht
H. R. Gutmann, Kiel,
Feldstraße 133.

Am 19. Februar verstarb unser lieber Mitarbeiter und Kollege:
Karl Willner.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Kolleginnen u. Kollegen der Schuhfabrik Kahler, Dresden.

Unsere Kollegin Emma Krug hat sich ihrem Prädikat die herzlichsten Glück- und Gesundheitswünsche zu ihrer am 7. März stattfindenden Ver-ung.
Sabine Deh Goffa.

Nachruf.
Nach schwerem Leiden verstarb am 21. und 24. Februar unser langjähriger Mitglied
Gustav Geller
Julius Runze
im 62. und 64. Lebensjahre stehend.
Ihre Andenken wird in Ehren halten
Sabine Grotzsch.

Nachruf.
Durch Lungenerkrankung wurde am unseren Reihen der Kollege
Franz Gerber
gerufen. Er erreichte ein Alter von nur 60 Jahren. Ein ehrendes Andenken ist ihm gewiß.
Sabine Leonberg.